

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

1/XXIV/210

Bonn, den 3. November 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Kontinuität und Weiterentwicklung</u> Zur jüngsten Prager Erklärung der Warschauer Paktstaaten	48
- 4	<u>Keine Gesellschaft der verkümmerten Talente</u> Erfolgreiche Bildungspolitik durch Kooperation zwischen Bund und Ländern Von Lothar Löffler, MdB	131
- 6	<u>50 Jahre Arbeiterwohlfahrt - mehr als ein Jubiläum</u> Von Ursula Behrendt	97
7	<u>Eine große ungarische Persönlichkeit</u> Frau Anna Kethly wird am 16. November 80 Jahre	31

## Kontinuität und Weiterentwicklung

### Zur jüngsten Prager Erklärung der Warschauer Paktstaaten

sp - Die jüngste Prager Erklärung der Außenminister der Warschauer Paktstaaten zum Problem der Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz stellt natürlich auch die Bundesrepublik Deutschland vor Aufgaben, die sich nicht mit deklamatorischer Begleitmusik lösen lassen. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Bundesrepublik die Einberufung einer solchen Sicherheitskonferenz begrüßt. Sie geht hierbei von der Voraussetzung aus, daß auch die USA und Kanada an der Konferenz teilnehmen werden. Ferner: Die positive Einstellung der Bundesregierung zu einer europäischen Sicherheitskonferenz beruht auf der Voraussetzung, daß gewissenhafte Vorbereitungen notwendig sind, wenn man nicht von vorneherein einen Fehlschlag eines solchen internationalen Treffens einkalkulieren will.

Zu diesen Vorbereitungen gehören unter anderem Besprechungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR über Fragen, die unter uns Deutschen geregelt werden können, ohne daß man sich in Bonn und Ostberlin gegenseitig als "Ausland" betrachtet.

Es muß im Interesse aller für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz jetzt eintretenden Staaten liegen, daß schon im Vorfeld innerdeutsche Probleme geregelt werden, die - falls sie nicht bereits zur Sicherheitskonferenz geregelt sind - diese nur unnötig belasten würden.

In der Regierungserklärung Brandt-Scheel sind entsprechende Hinweise darauf enthalten, was schon bald zur Entspannung der Atmosphäre zwischen der DDR und der Bundesrepublik getan werden kann, ohne daß hierfür endgültige juristische Fixierungen gefunden werden müßten. Es gibt genügend praktische Aufgaben, die unter den Deutschen auch im Rahmen eines künftigen europäischen Sicherheitssystems mit beiderseitigem guten Willen gelöst werden können.

Unabhängig von den weltweiten Bemühungen um das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz bleibt es eine Verpflichtung der Bundesregierung, auch die bilateralen Kontakte zwischen der Bundesrepublik und denjenigen Staaten des Warschauer Paktsystems weiterzuentwickeln, die dies wünschen. Hierzu gehören vor allem die Verhandlungen mit Moskau über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen, wobei man in Bonn von der begründeten Überlegung ausgeht, daß nicht nur die UdSSR, sondern auch andere Staaten des Ostblocks am Zustandekommen von Gewaltverzichtserklärungen interessiert sind; auch die DDR.

Die neue Bundesregierung stimmt mit den Regierungen der mit der Bundesrepublik Deutschland verbündeten Staaten darin überein, daß eine Politik der Ost-West-Entspannung und der Vorbereitungen zum Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz im Einvernehmen miteinander vorangebracht werden müssen. Dies hat Bundeskanzler Willy Brandt in der Regierungserklärung deutlich gesagt. Er hat damit zu erkennen gegeben, daß die deutsche Politik die Kontinuität, aber auch die Weiterentwicklung der in den vergangenen Jahren gefestigten Freundschaften garantiert.

## Keine Gesellschaft der verkümmerten Talente

---

### Erfolgreiche Bildungspolitik durch Kooperation zwischen Bund und Ländern

Von Lothar Löffler, MdB

Kurz vor der Bildung der neuen Bundesregierung wurden kritische Stimmen laut gegen die beabsichtigte Ernennung von Professor Leussink zum Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Man wandte sich aber anderem gegen den vom Kanzler in Aussicht genommenen Kandidaten an, daß er zwar über Erfahrungen im Spitzenmanagement der Wissenschaftsorganisationen verfüge, also gleichsam ein "gewiegener Wissenschaftsdiplomat", ein Technokrat des Wissenschaftsbetriebes sei, und eben deshalb nur sehr schwer die zentrale Bedeutung der Bildungspolitik im Rahmen gesellschaftlicher Reformen erkennen werde, wie sie in der bildungspolitischen Programmatik der beiden Koalitionsparteien ausdrücklich betont wird. "Aber wird ein Professor wegen seiner engen Verbindung zum akademischen Establishment, zur heiligen Allianz der Präsidenten der großen Wissenschaftsorganisationen, nicht den spezifischen Akzent des sozialdemokratischen Modells für ein demokratisches Bildungswesen vernachlässigen?" fragte der Kolumnist einer renommierten Zeitung mit Sorge.

Inzwischen ist Professor Leussink zum Minister ernannt worden, und der Bundeskanzler hat seine Regierungserklärung abgegeben, aus der unschwer zu erkennen ist, welchen Stellenwert die Fragen von Bildung, Ausbildung und Forschung in der Arbeit der neuen Regierung einnehmen werden und - was vielleicht noch wichtiger ist - welche gesellschaftspolitische Bedeutung den von der Bundesregierung auf diesem Gebiet zu ergreifenden Maßnahmen nach ihrer eigenen Auffassung zukommt:

- \* "Die Bundesregierung wird sich von der Erkenntnis leiten lassen, daß der zentrale Auftrag des Grundgesetzes, allen Bürgern gleiche Chancen zu geben, noch nicht annähernd erfüllt wurde. Die Bildungsplanung muß entscheidend dazu beitragen, die soziale Demokratie zu verwirklichen", führte der Kanzler dazu aus. Und an anderer Stelle:
- \* "Wir dürfen keine Gesellschaft der verkümmerten Talente werden, jeder muß seine Fähigkeiten entfalten können, die betroffenen Menschen dürfen nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden."

Das sind deutliche und klare Worte. Sinn einer Regierungserklärung ist es, vor dem Parlament und der Öffentlichkeit dazulegen, welche Probleme eine Regierung sieht, welche sie vordringlich lösen will und vor welchen geistig, politischen und gesellschaftlichen Hintergrund sich diese Lösungen vollziehen werden. Insofern sind

Die Bedenken derer, die die Ernennung von Professor Leussink zum Bundesminister für Bildung und Wissenschaft kritisiert haben, durch die Regierungserklärung zerstreut worden. Nicht nur, daß Professor Leussink in seiner Politik auf Wort und Geist der Regierungserklärung verpflichtet ist, er hat sich als Kabinettsmitglied mit dieser Regierungserklärung voll einverstanden erklärt und wird als der Urheber der Passagen betrachtet werden müssen, die sein Res-  
ort betreffen.

Es kommt jetzt darauf an, im Sinne der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 und unter Ausnutzung der Möglichkeiten, die Artikel 91 b des Grundgesetzes dem Bund bieten, eine Bildungspolitik zu entwickeln, die vornehmlich gesellschaftspolitisch orientiert ist. Dabei wird nicht in wenigen Jahren oder gar Monaten das aufzuholen sein, was an notwendigen Reformen an der äußeren und inneren Struktur unseres Bildungswesens seit vielen Jahren versäumt worden ist.

Welche Möglichkeiten der Artikel 91 b dem Bund im einzelnen bietet, wird erst durch die praktische Politik auszuloten sein. Die Länder sind in ihrer Mehrzahl peinlich darauf bedacht, ihre Rechte zu wahren. In dieser Situation dürfte es nicht zweckmäßig sein, sie durch allzu umfassende Reformprojekte kooperationsunwillig zu machen. Auf Kooperation kommt es jedoch an, da Artikel 91 b ausdrücklich Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern als Grundlage des Zusammenwirkens auf dem Gebiet der Bildungsplanung vorsieht. Hier wird der auch als Wissenschafts-Diplomat apostrophierte Bundesminister Leussink seine entsprechenden Fähigkeiten öffentlich mit großem Erfolg einsetzen können.

Es wird darauf ankommen, die Länder davon zu überzeugen, daß sich das Tempo der Reformen nicht nach dem langsamsten Partner richten sollte, der aus einer mehr konservativen Grundhaltung heraus eher wegen nicht zu sofortigen Reformen drängender Verhältnisse in seinem Lande eine ruhige Gangart bevorzugt. Obwohl nicht verlangt werden soll, daß auch die Länder allein durch Verträge und Vereinbarungen durchaus eine reformfreundige Bildungspolitik in gegebenem Rahmen denen ermöglicht haben, die sie für ihre Länder wünschen, bleibt anzumerken, daß auf dem Gebiet der Reformen im deutschen Bildungswesen bisher überwiegend eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners betrieben worden ist.

Von dieser Politik gilt es wegzukommen, wenn die Ziele erreicht werden sollen, die in der Regierungserklärung genannt worden sind.

Aufgabe der neuen Bundesregierung wird es sein, in der Bildungspolitik ein Instrumentarium von Maßnahmen zu entwickeln, die

- \* 1. mit unserer grundgesetzlichen Ordnung in Einklang stehen,
- \* 2. sowohl den Interessen der Länder als denen unseres Volkes als gesellschaftliche soziale und wirtschaftliche Einheit gerecht werden,

- \* 3. geeignet sind neue wissenschaftliche Erkenntnisse möglichst schnell im Bildungswesen umzusetzen,
- \* 4. eine gerechte Verteilung der Kosten vorsehen, wobei auf die finanzschwachen Länder besonders Rücksicht zu nehmen wäre.

Der wissenschaftliche und - wenn man das so ausdrücken darf - finanzielle Service der Bundesregierung sollte so attraktiv gestaltet werden, daß es den Ländern schon aus eigenem Interesse heraus schwer fallen müßte, sich von gemeinsamen Projekten auszuschließen. Dabei dürfte dem Bund entgegenkommen, daß viele Länder aus finanziellen Gründen gar nicht in der Lage sind, sich jene kostspieligen wissenschaftlichen Einrichtungen zu leisten, die die notwendigen Grundlagen erarbeiten für die Entscheidungen im Rahmen der Reform des Bildungswesens - ganz abgesehen davon, daß es höchst unrationell wäre, in 2 deutschen Ländern zwölfmal dasselbe entwickeln und auf seine Wiederwendbarkeit hin überprüfen zu lassen.

Bei folgenden Vorhaben dürfte die Kooperationswilligkeit der Länder bei entsprechenden Initiativen der Bundesregierung vorausgesetzt werden können:

- a) Durch systematische Curriculum-Forschung, bezogen auf alle Fächer, sollte der Gesellschaft der Konsensus über die von der Schule zu berücksichtigenden Lehrinhalte erleichtert werden. Dabei sollten die Lehrziele möglichst operationalisiert und die Lehrgänge für einzelne Schulen oder Schulstufen so angelegt werden, daß sie die Grundlagen für weiterführende Lehrgänge darstellen und somit Sackgassen in der Bildung vermieden werden.
- b) Durch Entwicklung und Prüfung neuer Materialien für das Lehren und Lernen sollen rationellere und individualisierende Lehrverfahren auf breiter Basis ermöglicht werden.
- c) Um die Bildungsdisparität zwischen Stadt und Land, aber auch zwischen den einzelnen Schichten der Bevölkerung zu überwinden, müßten wissenschaftlich abgesicherte Strukturmodelle eines entsprechenden Schulwesens entwickelt werden, bei deren Realisierung den Ländern unter bestimmten Bedingungen Hilfen von seiten des Bundes gewährt werden.
- d) Durch die Vergabe von Forschungsaufträgen an schon bestehende Institute und durch die Errichtung neuer Institute sollte gewährleistet werden, daß die Vorgänge während des Lernprozesses wissenschaftlich untersucht und aufgrund der Ergebnisse möglichst schnell Hilfen für die praktische Lehr- und Lerntätigkeit entwickelt werden.

Hierbei handelt es sich nur um einige Vorschläge, von denen wir meinen, daß sie geeignet sind, die Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dem Bund auf dem Gebiet der Bildungspolitik erfolgreich zu beginnen.

## 50 Jahre Arbeiterwohlfahrt - mehr als ein Jubiläum

Von Ursula Behrendt

Mit einem Wort von Fitjof Nansen schloß die inzwischen wiedergewählte Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Frau Lotte Lemke, in Berlin ihre Ansprache beim Festakt anläßlich der 50-Jahrfeier der Arbeiterwohlfahrt: "Nächstenliebe - das ist praktische Politik". Es ist dies wohl die kürzeste Formel, mit der sich das umreißen läßt, was in diesen Tagen wohl viele empfanden. Zumindest jene rund 1500 Teilnehmer der vom 29. Oktober bis zum 2. November währenden Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt, die diese wieder einmal turnusmäßig nach zwei Jahren abzuhalten hatte und wegen des 50jährigen Bestehens der Organisation selbstverständlich nach Berlin einberufen hatte.

Berlin, so wurde schon in einer Pressekonferenz im Anschluß an die Bundesvorstandskonferenz am 29. Oktober betont, Berlin war ja nicht nur die Stadt, in der vor 50 Jahren, genau am 13. Dezember 1919, die damalige Reichstagsabgeordnete und Mitglied der Nationalversammlung, Marie Buchacz, die Arbeiterwohlfahrt als eine Selbsthilfeorganisation der unter den Folgen des Ersten Weltkrieges bitter leidenden Arbeiterschaft gegründet hatte, in Berlin schlug immer wieder das Herz der Organisation.

Spätestens beim Festakt in der Berliner Philharmonie mußte es wohl jedem Teilnehmer dieser Veranstaltung klar werden, daß sich mit dieser Feier mehr vollzog, als nur eine erhebende Gedenkstunde, wie sie von Zeit zu Zeit mit gutem Recht die unterschiedlichsten Gruppierungen im sozial-caritativen Raum begeben.

Das Jubiläum der Arbeiterwohlfahrt symbolisierte geradezu ein Stück deutscher Geschichte. Denn mit dem Kampf um soziale Gerechtigkeit der Frauen und Männer der ersten Stunde in dieser Organisation aufnahmen und der heute für nicht minder politisch bewußte Menschen Richtschnur des Handelns der AWO ist, wurde deutlich, daß diese Organisation - wie der beim Festakt anwesenden Bundeskanzler Willy Brandt sinngemäß sagte - eigentlich immer getreulich die Geschehnisse Berlins, die Leiden und Nöte der Menschen widerspiegelte. Daß die Arbeiterwohlfahrt in Berlin gegründet und nach 1945 auch von Berliner Sozialdemokraten unter Franz Neumann wieder belebt, nicht nur in Berlin ihre vielfältigen Aufgaben wieder aufnahm und in großartigster Form ausbaute, versteht sich von selbst.

Dennoch sollte es auch mit der Leistung der Arbeiterwohlfahrt in engstem Zusammenhang gesehen werden, daß "eines ihrer Mitglieder" - wie es die stellvertretende Vorsitzende Martha Schanzenebach, MdB, in ihrer Begrüßungsansprache sagte, der neue Bundeskanzler Willy Brandt, gerade dieses Jubiläum zum Anlaß nahm, Berlin seinen ersten Besuch nach seiner Wahl zum Bundeskanzler abzustatten.

Willy Brandt wiederum betonte, wie selbstverständlich es für den langjährigen Regierenden Bürgermeister dieser Stadt ist, einen solchen Besuch zu machen. "Ich bin einer von Ihnen, da bedarf es keiner großen Worte" - und auf die Kritik dieses Berlin-Besuchs von östlicher Seite eingehend, tat er diese als "törichte Polemik" ab. Seine Auffassung unterstrich er noch mit den Worten: "Über Selbstverständlichkeiten lasse ich nicht mit mir streiten". Nicht nur durch sein Erscheinen, sondern eben dadurch, daß jetzt nach mehr als vier Jahrzehnten ein deutscher

Sozialdemokrat zum Kanzler der Deutschen gewählt worden war, offenbarte sich, daß hier wirklich das eingetreten war, was Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz als "eine Zäsur", einen wesentlichen Einschnitt in der Geschichte unseres Volkes nannte.

Der Bundeskanzler sprach allen Mitarbeitern, den amtlichen und den ehrenamtlichen seinen Dank aus - als Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland und als Vorsitzender der SPD. Brandt betonte auch, daß die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt in den kommenden Jahren nicht kleiner, sondern eher größer werden würden. Es kann in unserer pluralistischen Gesellschaft nicht mehr Sache des Staates allein sein, die vielfältigen, nicht mehr allein im materiellen Bereich zu suchenden Nöte unserer Mitglieder zu lindern und wenn möglich zu beseitigen, sagte er sinngemäß.

Die jetzt unter seiner Führung stehende Bundesrepublik solle ein Staat werden, in dem die jungen Menschen den alten helfen - in dem die angeworbenen Mitbürger "ihrem Lebensabend ohne Angst entgegensehen" könnten.

Was hier im einzelnen getan werden müsse, machten die Referenten sich dem Festakt anschließenden Konferenzen deutlich. So forderte die Sozialexpertin Frau Dr. Hasenclever, daß eine neue Regelung für den Familienlastenausgleich gefunden werden müsse. Richard Hübner, der Geschäftsführer des Verbandes, wies auf die hohe Zahl von Obdachlosen hin. Über eine halbe Million Menschen leben in der Bundesrepublik in Notunterkünften und in Lagern. In 25 Städten unterstützten Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt die Gemeinden bei ihren Bemühungen um eine gesellschaftliche Wiedereingliederung. Mehr müßte nach den Ausführungen Heers auch für die alten Menschen getan werden; es fehlt noch an weitgerechten Wohnungen.

Angesichts der von allen Rednern erhobenen Forderungen für mehr und bessere Leistungen ist man fast geneigt, die vorhandenen zu unterschätzen. Glücklicherweise aber werden diese durch eine gutgegliederte Informationsschau deutlich ins Bewußtsein gehoben. Von Berlin aus wird der ihnen Weg durch die Länder und Gemeinden des Bundesgebiets nehmen. Vieles hat sich gewandelt, seit jene Aufnahme - eines der ältesten Dokumente der Ausstellung - entstand, die Kinder noch im 19. Jahrhundert beim Fortbewegen der Transportwagen, der "Kunde" in den lichtlosen Schächten der Bergwerke zeigt. Dennoch aber ist auch in unserem Jahrhundert, in unserer hochzivilisierten Welt noch immer der Mensch des Menschen Feind. Gibt es nicht nur den Hungertod, den sich die Arbeiterwohlfahrt in Indien oder in Biafra mit zu bekämpfen bemüht, gibt es auch unvorstellbare Brutalität, die den jeweils Stärkeren zum Schinder der Schwachen werden läßt. Und diese Schwachen sind fast immer die ganz Alten und die Kinder. Wie sagte Fritjof Nansen, jener Mann, dem nach dem Ersten Weltkrieg Menschen, die in den Wirren der sich wandelnden politischen Landschaft ihre Heimat und ihre Staatsangehörigkeit verloren haben, jenes hilfreiche Papier dankten, das seinen Namen trägt - den Karren-Paß: "Nächstenliebe - das ist praktische Politik". Die Arbeiterwohlfahrt wird ganz gewiß auch noch für ein weiteres halbes Jahrhundert Aufgaben haben.

### Eine große ungarische Persönlichkeit

Frau Anna Kethly wird am 16. November 80 Jahre

Dr. E. C. - Am 16. November gedenkt die freie Arbeiterbewegung Europas des 80. Geburtstages einer großen ungarischen Persönlichkeit, die ihre Heimat verlassen mußte und jetzt im Exil lebt: Anna Kethly. Die ganze Welt kennt diese Frau, die als Sozialdemokratin überall die Stimme ihres Volkes vertritt.

Schon vorher war Anna Kethly keine Unbekannte. 1922 wurde sie zum ersten Mal in das Parlament gewählt. Mit bewunderungswürdigem Mut setzte sich Anna Kethly damals für die Opfer des Horthy-Regimes ein, das im Anschlag zur Räterevolution Bela Kuns jede freiheitliche Bewegung in Ungarn unterdrückte. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gehörte Anna Kethly zu jenen großen Persönlichkeiten der freien ungarischen Arbeiterbewegung, die sich für die Ideale des demokratischen, humanitären Sozialismus einsetzten und aus diesem Grunde während des Krieges und der Besetzung durch die Hitler-Armee in den Untergrund gehen mußten.

Auch nach der Niederschlagung der faschistischen Diktatur gab Anna Kethly ihren Kampf gegen die Unmenschlichkeit nicht auf. Die ungarischen Kommunisten, die sich damals ganz dem Stalinismus verschrieben hatten, schickten Anna Kethly ins Gefängnis, wo sie jahrelang ohne Gerichtsverhandlung festgehalten wurde. Erst 1954 verurteilte ein kommunistisches Gericht sie zu lebenslänglicher Haft. Auf Druck der internationalen Arbeiterbewegung wurde Anna Kethly schließlich entlassen und unter Polizeiaufsicht gestellt. Als im Oktober 1956 der Aufstand gegen den Stalinismus begann, wurde Anna Kethly Mitglied der neugebildeten Regierung und erhielt den Auftrag, im Ausland die Wahrheit über Ungarn zu vertreten. Die Rückkehr in die Heimat wurde ihr jedoch verwehrt.

Anny Kethly ist heute mit ihren 80 Jahren zu einem Symbol der Ungarn im Ausland geworden. Unermüdlich setzt sich diese kleine, weißhaarige Frau für ihre Landsleute ein und nie wird sie müde, wenn es gilt, das wahre Gesicht ihrer Heimat darzustellen. Mutig und ungebrochen blüht Anna Kethly auf ein erfülltes Leben im Dienst der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit zurück.